L-1 Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 03.11.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag Wirtschaft

Ein Leben in Zufriedenheit und Wohlstand, im Einklang mit dem Planeten, ein guter Job und langfristig gesicherte gute Einkommen– all das wird nur gelingen, wenn wir jetzt den Mut haben, unsere Wirtschaft klimaneutral fit für die Zukunft zu machen und Menschen die notwendigen Mittel an die Hand geben, diesen Weg mit uns zu gehen.

Ob Dienstleister, Industrie oder Handwerk – um auch in Zukunft noch schwarze Zahlen zu schreiben, muss heute grün investiert werden. Weltweit sind wir längst in einem Wettbewerb um die besten Klimatechnologien, um neue Produktionsstätten und Jobs der Zukunft. China und die USA, aber auch Indien oder Japan haben große Investitionsprogramme aufgelegt, um beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Batterieproduktion, bei Wasserstofftechnologie, grüner Stahlproduktion, bei E-Mobilität oder Wärmepumpen einen Vorsprung auf den Weltmärkten zu erarbeiten. Umso wichtiger ist es, deshalb jetzt an den richtigen Stellschrauben zu drehen, damit Berlin und Brandenburg dem Wettbewerb standhalten können und sich Unternehmen hier ansiedeln.

Es ist Zeit für eine aktive grüne Wirtschafts- und Industriepolitik, die nachhaltig und systemisch wirkt und dabei immer auch die ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten im Blick behält. Wir wissen dabei viele Gründer*innen und Unternehmer*innen an unserer Seite, die längst aktiv an der Klimaneutralität und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen arbeiten. Und

auch Gewerkschaften fordern einen radikalen ökologischen Umbau, um Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern und neue entstehen zu lassen. Das, was die Stadt Berlin dafür tun kann, muss nun beherzt angepackt werden; sei es bei der Wärmewende, beim Schaffen von Orten für kleine und mittelständische Unternehmen, bei der Durchsetzung der Tariftreue, bei der Unterstützung klimaneutraler Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir Dienstleistungsberufe endlich deutlich aufwerten.

Wir wollen eine aktive, grüne Industriepolitik, die Ansiedlungen von Unternehmen, die ökologisch und sozial handeln, befördert sowie ansässige Werke und Unternehmen dabei unterstützt, klimaneutral zu werden. Wir wollen, dass Berlin die neuen Chancen nutzt, die der Bund eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW (Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung) oder die neuen Klimaschutzverträge. Wir unterstützen auch die Forderung nach einem Brückenstrompreis.

Die Ansiedlung von Unternehmen mit zukunftsweisenden Technologien bietet die Chance auf eine hohe Anzahl von Arbeitsplätzen in Berlin und Brandenburg. Doch die Transformation kann vollständig nur gelingen, wenn soziale und ökologische Errungenschaften sowie betriebliche Mitbestimmungsrechte auch zukünftig gewahrt und ausgebaut werden. Die Menschen im Handwerk, im Dienstleistungssektor oder der Industrie, deren Berufe oft ein Höchstmaß an körperlichem Einsatz und Verzicht auf persönliche Flexibilität erfordern, müssen vom Wirtschaftswandel profitieren. Politik, Gewerkschaften und Unternehmen müssen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Es sind vor allem die Menschen, die Berlin so attraktiv für Unternehmensansiedlungen machen.
Und längst sind die vermeintlich weichen Themen zu harten Standortfaktoren geworden:
bezahlbare Mieten, gute Kitas, Schulen, Hochschulen, Orte der Naherholung, soziale und grüne

Infrastruktur, Gesundheitsinfrastruktur, kulturelle Angebote und eine internationale Willkommenskultur. Wer dem gerecht werden will, muss den Weg weitergehen, den rot-grün-rot mit dem Jahrzehnt der Investitionen begonnen hat, und Berlin weiter zu einer lebenswerten, prosperierenden und klimaneutralen Metropole umbauen.

Damit dies schnell umgesetzt werden kann, braucht Berlin eine funktionierende Verwaltung mit schnelleren Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und digitalen Verwaltungsprozessen. Das Behörden-Pingpong muss durch eine grundsätzliche Reform der Berliner Verwaltung beendet werden. Wir begrüßen, dass der Regierende Bürgermeister das Thema zur Chefsache erklärt hat und stehen als Grüne bereit, an einem Gelingen der Reformen mitzuarbeiten.

Die Politik muss den Rahmen für die Transformation setzen und dabei konsequent die sozialen Folgen beachten: Der CO2-Preis muss mit einem Klimageld verbunden werden, die Verkehrswende muss so ausgestaltet werden, dass sie für alle mehr Sicherheit und Komfort bedeutet, die energetische Sanierung der Wohnung muss den Mieter*innen zugutekommen und die Wärmewende muss zur BürgerWärmeWende werden. Nur wer beides zusammenbringt, nur wer grün und gerecht gleichzeitig handelt, wird der Aufgabe Berlin zukunftssicher umzubauen auch gerecht.

1. Wirtschaft braucht Bündnisse und Fachkräfte

Wir wollen dafür sorgen, dass alle Unternehmen die Mitbestimmung der Belegschaft ermöglichen und gute Löhne zahlen. Schon heute haben Unternehmen, die Nachhaltigkeit als Unternehmensziel haben, weniger Probleme Mitarbeiter*innen zu finden, doch das allein reicht nicht aus: auch gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung sind dauerhaft zentral. Attraktive Arbeitsplätze sind ein wichtiges Rezept gegen Fachkräftemangel.

Gute Arbeitsbedingungen schaffen

Zu guten Arbeitsbedingungen gehören Tarifbindung und ein fairer Lohn, der ein gutes Leben

und soziale Teilhabe ermöglicht sowie vor Altersarmut schützt. Um das zu ermöglichen, bedarf es einer kontinuierlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens 14 Euro. Gerade in Zeiten der Rezession und sinkenden Wachstums ist es entscheidend, dass Arbeitnehmer*innen nicht in die Armut abrutschen und sich nach wie vor ein gutes Leben leisten können. Die Transformation der Wirtschaft muss Erwerbsarmut beseitigen und prekären Arbeitsverhältnissen einen Riegel vorschieben, gerade dort, wo Beschäftigte in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten: in Minijobs, in Scheinselbstständigkeit, befristet oder in Leiharbeit auf Abruf. Sie müssen vom ersten Tag an gleichwertig zu einer Festanstellung vergütet werden.

Schlecht bezahlte Arbeit ist leider immer noch viel zu oft Frauensache und führt oft zu Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit. Eine monetäre Benachteiligung bei gleicher bzw. gleichwertiger Tätigkeit aufgrund des Geschlechts darf es nicht mehr geben, weshalb wir nachdrücklich das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die Regelungen des Entgelttransparenzgesetzes konsequent verbindlich und wirksamer zu machen, unterstützen.

Gute Arbeitsbedingungen zeichnen sich nicht nur durch mehr betriebliche Mitbestimmung und starke Beschäftigtenvertretungen aus, sondern Gewerkschaften und Betriebsräte müssen ihre Rechte im Rahmen der Tarifautonomie ungehindert und effektiv wahrnehmen können. Damit die Schere bei den Einkommen nicht weiter auseinandergeht, setzen wir uns dafür ein, dass sich mehr Unternehmen in die Tarifbindung begeben. Das von der Bundesregierung geplante Tariftreue- und Tarifstärkungsgesetz, mit dem öffentliche Aufträge an Tarifbindung und Arbeitsbedingungen geknüpft werden sollen, ist ein wichtiger Schritt. Zudem wollen wir eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und eine wirksame Beschränkung der nicht tarifgebundenen Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden. In Berlin setzen wir uns für eine Wirtschaftsförderung ein, die Tarifbindung einfordert und auf

Nachhaltigkeit und Guter Arbeit ausgerichtet ist. Damit das Land seine beträchtliche Marktmacht nutzt, wollen wir die vielen Vergabestellen in die Lage versetzen, Tariftreue bei der Auftragsausführung nicht nur einzufordern, sondern auch zu kontrollieren und durchzusetzen.

Die Digitalisierung ermöglicht es, Arbeit anders zu gestalten. Das Land Berlin muss als Arbeitgeber der neuen Zeit gerecht werden und flexibleres Arbeiten, „New Work“ und Homeoffice ermöglichen. Überdies soll die 4-Tage-Woche in Pilotprojekten getestet werden.
Essenziell ist dabei, eine digitale Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeit zu gewährleisten. Die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ist eine zwingende Voraussetzung, um verbindliche Vereinbarungen zum orts- und zeitflexiblen Arbeiten zu ermöglichen und der Überlastung der Beschäftigten vorzubeugen. Jede Aufweichung von Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen lehnen wir ab.

Fachkräfte gewinnen und halten

Die Wahl des Standorts wird in Unternehmen heutzutage zunehmend von der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte beeinflusst. Fachkräfte entscheiden sich für Regionen und Städte, die sowohl beruflich als auch persönlich attraktiv sind. Erschwingliche Mieten, eine lebenswerte Stadt, erstklassige Bildungseinrichtungen, Naherholungsorte und erleichterter Familiennachzug sind somit zu harten Standortfaktoren für Unternehmen geworden. Das Finden und Halten von Mitarbeiter*innen stellt viele Unternehmen und Organisationen vor Herausforderungen. Um dem Berliner Fach- und Arbeitskräftebedarf zu begegnen, fordern wir vom Senat, eine Koordinierungsstelle zur Behebung des Fachkräftemangels einzurichten, um so die Zusammenarbeit von Verwaltung, Unternehmen und Bildungsträgern zu stärken.

Für die Transformation der Wirtschaft braucht es insbesondere in der Energiebranche und im Handwerk viele neue Arbeitskräfte. Um dem zu begegnen, soll das Land Berlin gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer eine Klimaberufe-Strategie

entwickeln. Ein Baustein dieser Strategie soll ein Berufsorientierungszentrum für Klimaberufe sein, das dazu beiträgt, die Berufsbilder bekannter zu machen und Interesse zu wecken. Zudem soll der Senat die Einrichtung eines „OSZ Klimaberufe” prüfen. Im Rahmen der Transformation werden sich neue Berufsbilder ergeben, die auch die Entwicklung neuer Ausbildungsberufe nach sich zieht. Die Verfahren zur Schaffung neuer Ausbildungsberufe müssen daher beschleunigt werden.

Für die Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes braucht es überdies die Einführung der solidarischen Ausbildungsplatzumlage, wie sie in einigen Branchen bereits gelebte Realität ist. Es gibt keine Zeit mehr, weiter auf die Freiwilligkeit der Unternehmen zu setzen.
Darüber hinaus wollen wir in die Verbundausbildung investieren und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen stärken, damit die Verbindung zwischen akademischer und beruflicher Bildung verbessert und die Gleichstellung der verschiedenen Bildungswege unterstützt wird. Um mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu gewinnen, wollen wir Ausbildungscoaching und eine verbindliche Berufsorientierung im letzten Schuljahr einführen. Für Arbeitnehmer*innen in körperlich fordernden Berufen fordern wir ein Angebot an Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten, um im Fall einer körperlichen Beeinträchtigung, die die weitere Ausübung des Berufs verhindert, eine Weiterbeschäftigung innerhalb des Betriebs zu ermöglichen. Dafür muss das Land Weiterbildung und Umschulungen stärker fördern und monetär unterstützen.

Menschen, die nach Berlin einwandern, sollen einer Arbeit nachgehen können, wenn sie wollen.
Auf Bundesebene wurde ein Einwanderungsgesetz beschlossen, das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich schafft. Um die Chancen des Einwanderungsgesetzes in Berlin zügig zu nutzen, bedarf es einer besseren personellen und strukturellen Ausstattung des Business Immigration Center Berlin. Die

längeren Wartezeiten können durch eine Digitalisierung der Prozesse und Einrichtung eines
Welcome Desk für nicht terminierte Anfragen und Anrufe behoben werden. Arbeitsverbote für
Geflüchtete wiederum müssen abgeschafft werden.

Neben einem attraktiven Arbeitsplatz zählt die erschwingliche Wohnung zu den harten
Standortfaktoren, um gut ausgebildete Fachkräfte anwerben und halten zu können. Wir
unterstützen die neuen Initiativen verschiedener Unternehmen, Werkswohnungen für ihre
Beschäftigten zu schaffen. Um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu schaffen, fordern
wir die Einrichtung eines Azubi-Werks in Berlin.

2. Wirtschaft braucht Investitionen

Im Land und in den Bezirken wollen wir Impulse für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft
setzen. Es braucht einen aktiven Staat, der die Ansiedlung klimaneutraler Industrien
erleichtert und Rahmenbedingungen schafft, um die Wirtschaft der Hauptstadt nachhaltig und
zukunftsfähig zu gestalten.

Nachhaltig in Berlin investieren

Mit der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB 2025)
haben wir in den letzten Jahren einen Fokus auf Mobilität und Logistik, Energietechnik,
Gesundheits- und Digitalwirtschaft, Medien- und Kreativwirtschaft und Optik und Photonik
gelegt und bieten hiermit ein einzigartiges Ökosystem von Wirtschaft, Forschung und
engagierten Fachkräften. Berlin muss auch in Zukunft eng und im Bündnis mit Brandenburg
vorangehen. Nur so können wir die Transformation leisten.

Private Unternehmen stehen vor der Herausforderung, ihre eigenen Produktions- und
Wertschöpfungsprozesse klimaneutral zu gestalten. Insbesondere kleine und mittelständische
Unternehmen, die den Großteil der Berliner Wirtschaft ausmachen, brauchen gezielte

Unterstützung, um Investitionen in klimaneutrale Anlagen durchzuführen. Die landeseigene Investitionsbank Berlin (IBB) muss deshalb zu einem starken Instrument der Transformation werden. Die Kredit- und Förderprogramme müssen konsequent an den Klimazielen und den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden. Besonders in Zeiten höherer Zinsen können die IBB-Förderprogramme wieder eine starke Wirkung entfalten, wenn Nachhaltigkeit ein grundlegendes Kriterium ist. Wir brauchen statt allgemeiner Innovations- und Arbeitsplatzförderung gezielte Förderprogramme für die Transformation, z. B. um mechanische Verwertungsverfahren in der Kreislaufwirtschaft einzuführen. Bei allen Förderansätzen gilt jedoch, dass keine klimaschädlichen Investitionen und Geschäftsmodelle subventioniert werden dürfen. Die Geschäfts- und Förderpolitik von Berlin Partner wollen wir auf die Berliner Klimaziele, Nachhaltigkeit und Resilienz der Berliner Wirtschaft gegenüber zukünftigen Krisen ausrichten. Zudem soll die Zielgruppe sozialer und solidarischer Unternehmen stärker adressiert werden.

Darüber hinaus möchten wir Green StartUps fördern, die mit innovativen Ideen und Produkten den Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft ebnen. Dies umfasst den Zugang zu Finanzierung, sowie zu Beratungs- und Netzwerkangeboten, die jungen Unternehmen helfen, sich am Markt zu etablieren und zu expandieren.

Um nachhaltige Wirtschaftsimpulse zu setzen, wollen wir bestehende Gründungszentren und die 11 Berliner Zukunftsorte zu Transformationsorten weiterentwickeln. Diese Orte sollen zu Inkubatoren für nachhaltige Innovationen und grüne Geschäftsmodelle werden, die Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft miteinander vernetzen und Synergien schaffen. Hier kann das Institut für Angewandte Forschung Berlin (IFAF Berlin) eine zentrale Rolle spielen und den Raum für Experimente, Wissensaustausch und kooperative Projekte eröffnen, die den ökologischen und sozialen Wandel vorantreiben.

Wir erwarten, dass das Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation" so genutzt wird, dass es klimaneutrales Wirtschaften befördert; die Mittel müssen jedoch zusätzlich zu bisherigen Maßnahmen im Regelhaushalt sein und dürfen diese nicht ersetzen. Sie müssen zudem eine hohe klimaschützende Wirkung haben. Der Forderung aus der Zivilgesellschaft, dass bei der Verausgabung der Mittel und der Überprüfung von deren Wirkmächtigkeit Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingebunden sein sollen, schließen wir uns an.

Im Sinne des Gemeinwohls fördern

Soziale Unternehmen und die solidarische Wirtschaft sind Treiber*innen der ökologischen und sozialen Transformation der Berliner Wirtschaft und Gesellschaft. Mit ihren am Gemeinwohl orientierten Geschäftsmodellen und Projekten eröffnen sie neue Wege, um die digitalen, sozialen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Daher haben wir die Förderprogramme des Landes besser auf diese zukunftsweisenden Unternehmen zugeschnitten. Wir fordern, dass der Senat hier anknüpft und die Förderung weiter ausbaut, weitere Vernetzungsangebote schafft, und nach dem Vorbild der „Nationalen Strategie für soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen" der Bundesregierung strukturelle Hemmnisse für eine positive Entwicklung des gemeinwohlorientierten Sektors in Berlin abbaut.

Genossenschaften tragen zur demokratischen Selbstbestimmung bei und zeichnen sich durch ihre Langlebigkeit aus. Sie sind z.B. im Bereich Wohnen und Energie aktiv und fungieren ebenso als bewährte Rechtsform kooperativ wirtschaftender Unternehmen. Gründer*innen, die Genossenschaften ins Leben rufen wollen, sollen gezielte Unterstützung des Landes z. B. bei Beratungsleistungen, sowohl im rechtlichen als auch finanziellen Bereich erhalten. Beschäftigte, die in einer solchen kooperativen Form in gemeinsamer Verantwortung die Unternehmensnachfolge sichern, sollen eine besondere Förderung erhalten.

Die öffentliche Auftragsvergabe von Senat und Bezirken möchten wir effizienter und zielgerichteter gestalten und die Mitarbeiter*innen der Verwaltung entlasten. Dafür müssen wir die Verfahren bündeln, etwa nach Produktgruppen, und die Mitarbeiter*innen in die Lage versetzen, fundierte Entscheidungen nach sozialen und ökologischen Kriterien zu treffen.
Dass wir Beschaffungsvorgänge anwendungsfreundlicher gestalten und Bürokratie abbauen müssen, steht dazu nicht im Widerspruch. Die öffentliche Auftragsvergabe muss dabei auch auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet sein.

Vergabeprozesse sollen vermehrt Innovationspartnerschaften vorsehen, z.B. zwischen Startups, etablierten Unternehmen und der öffentlichen Hand. Damit werden mehr innovative Projekte möglich, die jungen Unternehmen die Möglichkeit bieten, ihre Ideen zu skalieren und erfolgreich am Markt zu platzieren.

Den neuen Wohlstand finanzieren

Grüne Finanzpolitik kann entscheidend dazu beitragen, das gesellschaftliche Zusammenleben und die Transformationsprozesse aktiv zu gestalten. Hierzu sind neben der Förderung nachhaltiger Unternehmen auch Investitionen in eine klimaneutrale öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur, wie Schulen und öffentlicher Nahverkehr, zentral. Die derzeitigen Schuldenregeln bremsen jedoch wichtige staatliche Investitionen aus und gefährden damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die wirtschaftliche Entwicklung und die Transformation hin zu einem klimaneutralen und resilienten Berlin. Es ist daher Zeit, weg von einer rein quantitativen Schuldenbewertung und hin zu einer qualitativen Bewertung der Schuldenaufnahme zu kommen, welche dem Landes- und den Bezirkshaushalten die Möglichkeiten einräumt, die staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge sicherzustellen und zu verbessern.
Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen, um so Investitionen tätigen zu können und dem klimaneutralen Umbau auch sozial gerecht zu werden.

In 1,5 Jahren grüner Verantwortung im Finanzsenat haben wir die Finanz- und Haushaltspolitik stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Im Januar 2023 haben wir die erste Nachhaltigkeitsanleihe des Landes Berlin mit sehr großem Erfolg aufgelegt. Durch diese wird die ökosoziale Transformation Berlins unterstützt und sie zeigt, dass die ökologische Transformation mit dem Ausbau der sozialen Infrastruktur Hand in Hand zu denken ist. Dies muss fortgeführt und ausgebaut werden. Der schwarz-rote Senat wirft die Nachhaltigkeit jedoch über Bord und zeigt mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2024/25 und dem darin enthaltenen Abschmelzen aller Rücklagen, wie kurzsichtig und unseriös er wirtschaftet.

Unsere grünen Senatsverwaltungen für Finanzen und Klimaschutz hatten (mit der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2024 und 2025) begonnen, die Klimawirksamkeit staatlicher Ausgaben im Rahmen eines Klimamonitorings zu erfassen. Dieser Ansatz einer nachhaltig orientierten Finanz- und Haushaltspolitik soll zu einem Klimabudget ausgebaut werden.

3. Wirtschaft braucht nachhaltige Ressourcen

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung spricht von einem „Renewables-Pull-Faktor” und meint damit, dass international, aber auch im Wettbewerb der deutschen Regionen, die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien eine immer wichtigere Rolle bei Standortentscheidungen von Unternehmen spielen wird. Bereits heute werden Neuansiedlungen im Ost und Norden Deutschlands genau damit begründet und Länder wie Bayern befürchten aufgrund fehlender erneuerbarer Energie Industrieabwanderungen. Es wird immer klarer: der Ausbau der Erneuerbaren ist aktive Industriepolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass in Gewerbegebieten Anlagen – Solar wie auch Wind – schneller genehmigt und errichtet werden können und der Strom direkt vor Ort nutzbar ist. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg hat darüber hinaus das Potenzial, zum grünen Standort für nachhaltige Batterieproduktion zu werden – mit

ausschließlicher Produktion über erneuerbare Energien, einer Second-Life-Industrie zur Zwischenspeicherherstellung und dem Recycling wertvoller Ressourcen.

Wir müssen alle Formen der Energiespeicherung verbessern und die Forschung darin deutlich stärken. Neben besseren Batterien und dekarbonisierten Wärmenetzen wird auch echter grüner Wasserstoff eine entscheidende Rolle spielen. Dabei wird Wasserstoff zuvorderst für Industrie und in der Langstrecke sinnvoll sein. Das Land Berlin muss seiner Verantwortung gerecht werden und klar den Vorrang von Wasserstoff für die Wirtschaft aussprechen und darf nicht länger Wasserstoff als die Allzwecklösung für alle Bereiche verplanen.

Brandenburg hat gemeinsam mit Berlin einen Maßnahmenkatalog für den Aufbau einer Wasserstoffstrategie vorgelegt. Der neue Berliner Senat ist bis heute eine maßnahmengenaue Unterlegung der H2-Roadmap schuldig geblieben. Wir fordern eine eigene Wasserstoff-Strategie in Berlin, die systematisch die bestehenden Industriegebiete und Zukunftsorte in den Blick nimmt und diese ins Wasserstoff-Zeitalter holt. Die vom schwarz-roten Senat verfolgte Strategie, Wasserstoff für die Wärmeversorgung einzusetzen, könnte sich zum Standortrisiko für die Berliner Industrie entwickeln, die auf grünen Wasserstoff für die energieintensive Produktion angewiesen ist.

Ein Schwerpunkt jeder nachhaltigen Wirtschaftspolitik liegt auf der Förderung der Kreislaufwirtschaft. Rohstoffe sind nicht nur in der Erde, sondern auch in Gebäuden, Infrastrukturen und Deponien vorhanden. Besonders das Recycling kritischer, für die Transformation notwendiger Rohstoffe trägt zur größeren Unabhängigkeit von einzelnen Lieferanten bei und reduziert die Abhängigkeit von Importen. Wir wollen die Wiederverwendung und Weiternutzung von Rohstoffen steigern.

An zentraler Stelle steht der Bau- und Gebäudesektor. Laut dem Bundesumweltamt haben Bauabfälle mit ca. 60 % den höchsten Einzelanteil im Abfallaufkommen und haben mit Abstand

den größten Anteil der CO2-Emissionen. Deshalb muss mit der Bauordnung auch der Abriss von Wohnungen und Häusern, wo immer möglich, vermieden werden und bei Neubauten nur noch mit wiederverwertbaren Materialien gearbeitet und zirkuläres Bauen zur Norm werden.

Um dem Innovationspotenzial sowohl im Bestand als auch im Neubau zum Durchbruch zu verhelfen und die Bauwirtschaft und den Immobiliensektor zukunftsfähig aufzustellen, wollen wir das dafür notwendige und im Innovationsprozess entstehende Wissen und Know-how in Zusammenarbeit mit Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, Kammern und Wirtschaftsverbänden in einem Berliner Bauinnovationszentrum bündeln und zugänglich machen.

4. Wirtschaft braucht Forschung und Innovation

Für eine nachhaltige und prosperierende Stadt haben Aus-, Fort- und Weiterbildung, Innovation und Unternehmertum eine Schlüsselrolle inne. Wir setzen uns für eine Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik ein, die kreative Ideen fördert, technologische Fortschritte unterstützt und dabei konsequent auf ökologische und soziale Standards achtet.

Wir bekennen uns zu der Freiheit von Forschung und Lehre und wollen die wichtige Vorbildrolle, die Hochschulen, deren Lehrkräfte, Forscher*innen und Student*innen bei der sozial-ökologischen Transformation einnehmen, fördern. Dabei müssen wir Schritt- und Sprunginnovationen gleichermaßen in den Blick nehmen. Wir sehen in innovativen Durchbrüchen das Potenzial, nachhaltige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft herbeizuführen und Berlin als Standort für zukunftsweisende Technologien und Geschäftsmodelle zu stärken. Doch soll die Konzentration auf Disruptionen nicht den Blick darauf verstellen, dass die meisten Errungenschaften durch graduelle Verbesserungen und kontinuierliche Forschungspfade aufeinander aufbauender Entwicklungen ihre heutige Reife erhalten haben. Wir unterstützen daher Förderansätze, die den Weg von der Idee bis zur Marktreife effektiv unterstützen, und

neben den Ressourcen auch Rahmenbedingungen, die Innovationsprozesse begünstigen und beschleunigen schaffen.

Dabei gilt es Zukunftstechnologien, wie z. B. Künstliche Intelligenz, deren Entwicklung rasend schnell geht, gezielt voranzubringen. Die Grundsatzentscheidung, ob Berlin in diesem Bereich auch zukünftig ein relevanter Player sein wird, muss jetzt getroffen werden. Berlin verfügt bereits über Leuchtturmprojekte, die ihre Leuchtkraft aber noch nicht vollständig entfalten konnten. Das Berliner Kompetenzzentrum BIFOLD ist eines der fünf geförderten nationalen universitären KI-Zentren. Allerdings holen andere Standorte in Deutschland mit massiven Investitionen und großer landespolitischer Unterstützung stark auf. Im Gegensatz zu klassischen Startups, zum Beispiel aus den Ingenieurdisziplinen, findet KI-Grundlagenforschung ihren Weg schnell in die Anwendung. Um den Standortvorteil Berlins auszuschöpfen, bedarf es weiterer finanzieller Unterstützung der Forschungseinrichtungen, um eine Vernetzungsplattform für die gesamte KI-Szene Berlins zu bieten und so interdisziplinäre und innovative Forschung zu ermöglichen. Es bedarf außerdem der Flankierung und Verknüpfung von landeseigener Wissenschaftsförderung mit dem Kompetenzzentrum, um die KI-Forschungslandschaft in Berlin stärker zu bündeln.

5. Wirtschaft braucht Platz

Unsere Stadt braucht Lager-, Produktions- und Werkstattflächen, Ladenflächen und Büroflächen. Sie stehen in Konkurrenz zu anderen Nutzungen, u. a. oft zum Wohnen. Die Entwicklung der Gewerbemieten setzt Betriebe und soziale Einrichtungen stark unter Druck.
Durch ein flächendeckendes Gewerbekataster soll die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen dynamisch erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden. Landeseigene Gewerbeimmobilien können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Unternehmen die benötigten Flächen, möglichst energieeffiziente Gebäude und Infrastruktur (inkl. erneuerbarer Energie durch Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern) bereitzustellen. Landes- und bezirkseigene Gewerbegebiete in Berlin sollen konsequent klimaneutral ausgerichtet werden.

Das Angebot an landeseigenen Gewerbeflächen und die Standortprofile der Gewerbehöfe, Gründer- und Innovationszentren müssen erhöht werden und die Flächenvergabe muss transparent und gemäß dem Leitbild klimaneutraler und nachhaltiger Wirtschaft an Unternehmen, vergeben werden. Aktuell wird der erste neue landeseigene Gewerbehof von der WISTA Management GmbH in Berlin Lichtenberg geplant, aber der neue Senat bringt hier nichts voran. Wir brauchen dringend weitere landeseigene Gewerbehöfe für die Gründungsförderung, Innovations- und Industriepolitik, KMU-Förderung und generelle Unternehmensansiedlung. Grundstücke für Gewerbe gemeinwohlorientiert entwickeln – das heißt für uns auch die Förderung der Gründung von Gewerbehöfen in genossenschaftlichem Besitz.

Wir treten energisch dafür ein, das Handwerk zukunftssicher und nachhaltig zu gestalten. Das Berliner Handwerk in seiner ganzen Vielfalt ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Berlin und spielt eine tragende Rolle auf dem Weg der Stadt zur Klimaneutralität: ob bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, beim Bau von Solaranlagen oder beim Einbau von Heizungstechnik, die auf Erneuerbaren basiert. Wir wollen lokale Betriebe stärken und ihre Verdrängung stoppen. Dafür brauchen wir endlich bezahlbare landeseigene Gewerbeflächen genauso wie eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen Gewerbemietspiegel, besseren Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.